

der funke



Zeitung der Bad Kreuznacher DKP

Extra Ostern 2020

Wer soll für die Krise zahlen? Wir meinen:

**Die Millionäre und Milliardäre,
nicht die Arbeitenden, die Erwerbslosen und die Rentner!**

Zudem:

Rüstungskosten senken, statt auf 2% des BIP erhöhen!

Die Wirtschaftskrise, das Platzen der Spekulationsblasen, einbrechender Autoabsatz nach Dieseltbetrügereien, all das zeichnete sich schon seit 1 ½ Jahren ab. Die Pandemie wirkt wie ein „Brandbeschleuniger“, die Krise kommt schneller und in erheblich tieferem Ausmaß als erwartet.

Wie in jeder Krise im Kapitalismus, die zyklisch als Überproduktionskrisen wiederkehrenden, verbunden mit der Klimakrise, der der Welternährung, stellt sich die Frage: wer soll das bezahlen?

Der Bund hat eine Neuverschuldung von 146 Mrd. Euro beschlossen, zu leihen bei den Banken, die davon profitieren. 20 Jahre lang soll zurückgezahlt werden, jährlich 7,3 Mrd., ohne Zinsen. Zugleich soll der Rüstungshaushalt (nach Zahlen von 2020) von 50 auf 80 Mrd. steigen, u.a. weil Trump auf die 2% drängt. Würde hier verzichtet und der Rüstungsetat um 20% gekürzt, dann wären das in vier Jahren schon mehr Geld, als die neuen Schulden ausmachen.

Die Schuldenbremse wurde ausgesetzt. Warum überhaupt Schulden? Dutzende Millionen arbeitender Menschen schaffen jährlich große Werte. Der gesellschaftlichen Produktion steht aber die private Aneignung des Mehrwerts entgegen. So wird ein Geschwisterpaar aus München u.a. dank seiner Anteile an BMW jährlich um 2 Mrd. Euro reicher, gut ¼ dessen, was zur Tilgung der Neuschulden nötig sein wird. Ganz zu schweigen von Heuschrecken wie Blackrock etc. Letztere

spekulieren jetzt schon darauf, durch fallende Aktienkurse und billige Übernahmen zu Gewinnern der Krise zu werden.



Die Pandemie trifft auf ein kaputt gespartes Gesundheitswesen. Warum sollen nicht jene zur Kasse gebeten werden, die bisher davon profitierten? Wenn jetzt eine Vermögensabgabe (Art. 106 GG) von 10% auf grundsätzlich alle Vermögen über 1 Mio. Euro erhoben würde, stürzte das keinen Millionär oder Milliardär in die Armut.

Wenn aber wieder beim Sozialen gespart würde, ggf. Verbrauchssteuern erhöht, dann träfe das viele Rentner, Niedriglöhner, Erwerbslose, Solo-Selbständige, Künstler u.a.m. hart, die „Dünnen“ müßten mal wieder den Gürtel enger schnallen.

Reichtum ist genug da, er muß anders verteilt werden! Das muß politisch durchgesetzt werden!

„Ostermarsch 2020, so innovativ wie nie zuvor“



Themen der Ostermärsche 2020

„In den vergangenen Jahren haben wir eine enorme Aufrüstung erlebt. Dabei sollte es angeblich um unsere Sicherheit gehen“, betont Philipp Ingenleuf vom Netzwerk Friedenskooperative. Und weiter: „Jetzt sehen wir, dass Investitionen in ganz anderen Bereichen benötigt werden, damit die Menschen sicher leben können. Es ist ein Unding, dass so viel Geld für Rüstung verschleudert wird. Statt Geld für Panzer oder Kampfflugzeuge auszugeben, brauchen wir mehr Intensivstationen und vor allem gut ausgebildetes sowie gut bezahltes Personal in allen Gesundheitsbereichen!“ Erst Ende März rief UN-Generalsekretär António Guterres zu einem „globalen Waffenstillstand“ angesichts der Corona-Pandemie auf.

Der Abzug der Atomwaffen aus Deutschland sowie der Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbot gehören zu den zentralen Forderungen der Friedensbewegung.“

Quelle: <https://www.friedenskooperative.de/>



Bild von Ostermarsch Mainz-Wiesbaden. Zu sehen ist u.a. unser verstorbener Genosse Alfred Bauer, Idar-Oberstein, der auch im hohen Alter bei keinem Ostermarsch fehlte.

Traditionell ruft die DKP Rheinland-Pfalz mit auf zum Ostermarsch Mainz-Wiesbaden, der dieses

Jahr rechtsrheinisch stattgefunden hätte. Im gemeinsamen Aufruf hieß es u.a.

Von unserer Region geht Krieg aus

„In Wiesbaden und im Rhein-Main-Gebiet konzentrieren sich wichtige Einrichtungen der US-Kriegsmaschinerie, u.a. das europäische Hauptquartier der US-Armee, das Army Airfield Wiesbaden in Erbenheim, das zentrale NSA-Kommunikationscenter für Europa, Asien und Afrika sowie weitere NSA-Spionagestützpunkte. Für den Drohnenkrieg der USA ist Ramstein eine zentrale Basis, und auch Deutschland strebt nach Kampfdrohnen.“ Auch 2020 sollte von Bad Kreuznach aus wieder ein Bus am Ostermontag zum Ostermarsch nach Büchel fahren, den das Netzwerk am Turm, die DKP ist neben knapp 20 anderen Organisationen Mitglied dort, organisiert hatte. Die Karten waren gedruckt und zum Teil schon verkauft.



Büchel liegt keine 100 km Luftlinie von Bad Kreuznach entfernt. Dort werden 20 US-Atombomben gelagert, die im „Ernstfall“ von Kampfflugzeugen der Bundeswehr eingesetzt werden sollen. Die Friedensbewegung fordert schon lange die Beendigung dieser atomaren Teilhabe, in der sie einen Verstoß gegen den Atomwaffensperrvertrag sieht. Derzeit werden die bisherigen A-Bomben dort ersetzt durch lenkbare Präzisionswaffen, geeignet für einen Erstschlag und auch deshalb höchst gefährlich. Wir fordern die Umsetzung der Bundestagsentschließung, mit der schon im März 2010 der Abzug dieser Massenvernichtungsmittel aus Deutschland gefordert wurde.

Hier der

[Aufruf zu einem Ostermarsch in anderer Form.](#)

Die Gruppe: Aktiv für Frieden in Bad Kreuznach hat ihr monatliches [Infoblatt im April 2020](#) unter die Überschrift gestellt:

**Auch in der Krise gilt:
Atombomben abziehen aus Büchel!**

Ein Blick ins Ausland:

Die **Partei der Arbeit Belgiens** startete eine Petition, damit das Pflegepersonal eine monatliche Prämie von 400 Euro erhält.



Ein Heldenjob? Das verdient sehr wohl eine Prämie!

Sofie Merckx, Ärztin von Medizin für das Volk* und Abgeordnete der PTB im Föderalen Parlament: "Als Ärztin sehe ich jeden Tag meine Kolleginnen und Kollegen, Pflegerinnen und Pfleger, die an der vordersten Front kämpfen. Trotz Eigengefährdung geben sie jeden Tag ihr Bestes. Sie schieben doppelte Schichten, arbeiten 12 Stunden lang ohne Pause durch, manchmal mit nur wenig oder ohne Schutz. Ich sehe ebenfalls jeden Tag, was sie das denn kostet. Aber sie sind da, trotz alledem. Das verdient eine Belohnung". (Übersetzung: der FUNKE)

* https://de.wikipedia.org/wiki/Geneeskunde_voor_het_Volk
Wie immer bei Wikipedia, mit eigenem Verstand lesen und beurteilen, wenn sprachlich möglich, Originalquellen lesen.

... aber wehe, Opa mag keinen Rassismus und keine braune Hetze!

Wenn in einem Liedchen in satirischer Fassung von der „Oma Umweltsau“ geträllert wird, ist die Aufregung rechts groß, dann gibt es einen Shitstorm in den Social Media, der selbst einen Fernseh-Intendanten einknicken läßt. Ganz anders aber, wenn ein Opa wie ich sich öffentlich vorgetragene braune Sprüche verbittet.

So geschehen heute (2.3.2020) kurz nach 13 Uhr im Stadtbus vom Gewerbegebiet zum Bahnhof, wo ich unfreiwillig Mithörer wurde, wie ein Mann mittleren Alters den Busfahrer - sie kannten sich offensichtlich - permanent mit allen Sprüchen beschallte, die man aus der braunblauen Ecke so kennt. Die Deutschen als Opfer, die Ausländer, besonders die Muslime, als Täter etc. pp. Als er dann alle jungen Menschen, die sich bei Fridays for Future engagieren, in Arbeitslagern eingesperrt sehen wollte, widersprach ich ihm laut.



Was folgte waren wüste, schreiend vorgetragene Beschimpfungen und Drohungen, mich, wohl doppelt so alt wie der „Herr“, dabei permanent

duzend. Zwei mal drohte er mir Prügel an. Aus dem Bus verschwinden sollte ich auch. Vom Fahrer vernahm ich keine Reaktion darauf, daß hier ein Fahrgast in seinen Bus angepöbeln und bedroht wurde.

Ein paar alte Damen schauten verängstigt nur auf den Boden, was ich ihnen angesichts des Auftritts des „Herrn“ nicht verübeln kann. Ich denke, daß alleine die Anwesenheit von Zeugen im Bus und später auf dem Bahnhofplatz ihn davon abhielt, mich auf seine Weise „belehren“ zu wollen.

Aber wenigstens verbal wollte er mich noch auf die Bretter schicken und brüllte:

„Ich wähle die AfD!“

Das hatte mich nun aber nicht wirklich überrascht.

Es zeigt m.E., wie diese Partei das politische Klima im Land so verschärft, daß man schon mit körperlichen Angriffen rechnen muß, wenn man manchem ihrer Wähler widerspricht. Da reicht es dann nicht, nach Terrorakten wie dem Hanauer öffentlich zu gedenken. Bürgerliche Parteien wie CDU und FDP sollten es sich, gerade nach Thüringen, auch in Bad Kreuznach gut überlegen, ob sie in strittigen Fragen (u.a. Abgabe des städtischen Jugendamts an den Kreis, Nachtrag VM) Abstimmungsmehrheiten mit denen zusammen suchen wollen.

Volker Metzroth

Dieser Text war tags darauf der lokalen Presse zugegangen.

DKP startet Petition:

Wir fordern den Bundestag und die Bundesregierung auf, mit sofortiger Wirkung:

Alle Sanktionen aufzuheben, die den weltweiten Austausch von Medizingeräten, Gesundheitsprodukten, Medikamenten, Erfahrungen und Vorgehensweisen behindern oder unmöglich machen.

Begründung



Zentrale Beispiele sind die Sanktionen gegen Kuba, Venezuela und die Russische Föderation.

Die Bundesregierung beteiligt sich an diesen politischen Sanktionen, wohlwissend, daß damit u.a. Medikamente in der EU festgesetzt werden, die für die Versorgung von Patienten in Venezuela lebensnotwendig sind. Die Verschärfung der Corona-Pandemie soll die politische Situation in Venezuela verschärfen, soll Venezuela destabilisieren.

Die Sanktionen gegen Kuba behindern das dortige Gesundheitssystem. Sie haben gleichzeitig den Effekt, daß der gleichberechtigte, wissenschaftliche und humanitäre Austausch auch von Medikamenten unterbunden wird. Betroffen ist auch das kubanische Medikament „Interferon alfa-2b“, das derzeit gute Ergebnisse im Kampf gegen Corona anzeigt.

Weiter lesen und unterschreiben unter <https://tinyurl.com/t99reu8>

Pandemie und Arbeitswelt – einige Themen ganz kurz

Regierung und Bundestag haben angesichts der Krise den Bezug von **Kurzarbeitergeld**, auch bei Kurzarbeit Null, erleichtert. Sie haben aber nicht das KUG erhöht, Kinderlose bekommen 60%, Betroffene mit Kindern 67% ihres vorherigen Nettogehalts. Da die Kosten aber nicht um 40 oder 33% sinken, wird das viele in Bedrängnis bringen, Mindest- und Niedriglöhner, Teilzeitbeschäftigte werden in vielen Fällen **zusätzlich auf Hartz IV angewiesen** sein. Forderungen von Gewerkschaften und linken Politiker*innen nach 80% KUG blieben unerfüllt.

Die IGM und ver.di (bei der Telekom) haben jüngst höhere **Zuschüsse der Betriebe zum KUG** ausgehandelt, andere DGB-Gewerkschaften haben ähnliche Regelungen. Wer aber nicht Gewerkschaftsmitglied ist, was sich ändern läßt, und in nicht tarifgebundenen Betrieben arbeitet, geht meist leer aus.

Nun hat die IG Metall in Bad Kreuznach darauf hingewiesen, daß nach der neuen Regelung den betroffenen Unternehmen schon für März rückwirkend die Sozialversicherungsbeiträge erstattet werden, und zwar sowohl der „Arbeitnehmer-“ als auch der „Arbeitgeber“-Beitrag. Die IGM fordert nun, daß **der**

AN-Beitrag an die Beschäftigten weitergeleitet wird. Nach unserer überschlägigen Berechnung wäre das ein Zuschlag zum KUG von rund 20% des bisherigen Bruttolohns, für viele das, was sie vor Hartz IV bewahren könnte.

Völlig **unakzeptabel** ist es, daß die Bundesregierung per Erlaß genehmigt, daß Pflegekräfte bis auf weiteres **12 statt 10 Stunden** (h) täglich beschäftigt werden dürfen, die Mindestruhezeit zwischen 2 Schichten nur noch **9 statt 11 h** beträgt. Arbeitsmediziner wissen, daß im Schnitt ab der 7. Stunde Leistung und Konzentration nachlassen. In die 9 h Ruhezeit fallen dann auch die Wegezeiten zur und von der Arbeit, im Schnitt aller Pendler 2 h, dann kommen Mahlzeiten, die zubereitet werden müssen, Körperpflege etc. hinzu, zum Schlafen bleiben da noch 5 h. Unverantwortlich auch gegenüber den Patienten, die ansonsten wohlfeil als „Held*innen“ Gelobten so zu verheizen.

Vorerst gescheitert ist Laschets CDU in NRW beim Versuch, Menschen mit Pflegeausbildung **zwangsweise zu verpflichten**. Erst mit unzumutbaren Arbeits- und Bezahlungsbedingungen Zehntausende aus dem Beruf treiben, um sie dann zwangsrekrutieren zu wollen.

der funke extra, Ostern 2020, Zeitung der Bad Kreuznacher DKP. Kontakt und v.i.S.d.P.:

V. Metzroth, Postfach 525, 55529 Bad Kreuznach, eMail DKP-KH@gmx.de, Versand als eMail und nach der Pandemie wieder Verteilung als Flugblatt in wechselnder Auflage. Weitere Info unter www.dkp-bad-kreuznach.de
Die Bad Kreuznacher DKP trifft sich grundsätzlich am 3. Montag des Monats um 19:00 Uhr im Wassersümpfchen 23, 55543 Bad Kreuznach. Sobald die Versammlungsverbote aufgehoben sein werden, geht es weiter. Gäste werden wieder willkommen sein.